



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltege-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 04.12.2014

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 21.10.2014, 16:05 Uhr bis 18:18 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jochen Ott	SPD	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	stellvertretend für Herrn Bürgermeister Bartsch
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	stellvertretend für Frau Bercher-Hiss
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Marco Pagano	SPD
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Reinhard Zöllner	CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Frau Jennifer Mense	GRÜNE

Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Verwaltung

Frau Beigeordnete Henriette Reker	Dezernentin Dezernat V Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Ludwig Arentz	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Bernd Kiefer	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Rainer Liebmann	Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes
Frau Dr. Barbara Möhlendick	Dezernat V-7 Koordinationsstelle Klimaschutz
Herr Konrad Peschen	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Henning Werker	Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
Herr Peter Winkels	Geschäftsführender Betriebsleiter Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE

Beratende Mitglieder

Frau Maria Blank	Seniorenvertretung der Stadt Köln
------------------	-----------------------------------

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Ott, begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur zweiten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Er begrüßt herzlich den neuen Leiter der Abteilung Umweltplanung und -vorsorge im Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Herrn Konrad Peschen.

Herr Ott weist auf die erweiterten Tagesordnungen beider Ausschüsse hin, die den Ausschussmitgliedern vorliegen.

Bis auf TOP 3.2.1 im Ausschuss Umwelt und Grün und 1.1 im Betriebsausschuss seien alle anderen Unterlagen beider Ausschüsse zugestellt worden.

Zu TOP 4.1 (Fortschreibung des Konzepts zur medienübergreifenden Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben) werde Herr Kiefer vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt einen PowerPoint-Vortrag halten.

Verschiedene Fraktionen haben bereits vorgeschlagen, diese Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen. Herr Dr. Albach habe darum gebeten, hier im Umweltausschuss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion vorzutragen, da er selbst im Finanzausschuss nicht Mitglied sei.

Zu TOP 4.7 und 7.9 werde Herr Werker von den StEB anwesend sein, um Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

Anschließend legt der Ausschuss Umwelt und Grün die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen / Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

B Gleichstellungsrelevante Themen

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Ablauf der Nutzungsrechte von Grabkammern
Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.07.2014
AN/0943/2014

1.1.1 Beantwortung der Anfrage
2482/2014

1.2 Umweltzone
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.10.2014
AN/1338/2014

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Umsetzung Integriertes Klimaschutzkonzept

3.1.1 European Energy Award - der Klimaschutz-Check wurde gestartet.
2523/2014

3.2 Smart City Cologne

3.2.1 EU-Projektantrag Horizon 2020
3115/2014

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Fortschreibung des Konzepts zur medienübergreifenden Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben
2680/2013

4.1.1 Fortschreibung des Konzepts zur medienübergreifenden Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 21.10.2014
AN/1391/2014

- 4.2 Schutz- und Bewirtschaftungskonzept für das Naturschutzgebiet Grüner Kuhweg
2212/2014
- 4.3 Lieferung von Spielsand und Perlkies
Bedarfsfeststellung für die Durchführung eines Vergabeverfahrens über die Lieferung von Spielsand und Perlkies für 36 Monate
2409/2014
- 4.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2014 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer
hier: Stadtbezirk Ehrenfeld
2787/2014
- 4.5 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2014 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer
hier: Stadtbezirk Ehrenfeld
1786/2014
- 4.6 Wahl des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln
1145/2014
- 4.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
2881/2014

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 5.1 202. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1532/2014

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

7.1 Statusbericht Rheinboulevard

- 7.2 Altlastensanierung des ehemaligen Schießplatzes in Köln-Ostheim
Sachstandsmitteilung
2461/2014

- 7.3 PFT im Unteren und Oberen Scheuermühlenteich sowie deren Zuflüssen
2492/2014
- 7.4 Auswirkungen der Starkregenereignisse auf die "Kalkberge" in Köln-
Kalk/Buchforst
2506/2014
- 7.5 ohne Vorlage
- 7.6 Gewässerunterhaltungsplan 2014/2015 für die Kölner Bäche
2075/2014
- 7.7 Stilllegung der Altdeponie "Linder Mauspfad" in Köln Porz-Lind
2656/2014
- 7.8 Zwischenbericht über die Überprüfung des Sicherheitsmanagements der Fa.
Shell
2773/2014
- 7.9 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Klimakonzept Wasser
2756/2014
- 7.10 Einrichtung einer Umweltzone in Köln-Meschenich (AN/0558/2013)
2897/2014
- 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 8.1 Beantwortung der Anfrage von Herrn Brust "Gülle aus Holland auf Kölner Fel-
dern"
2931/2014

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen / Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 Hauptsatzung der Stadt Köln

Der Vorsitzende Herr Ott verpflichtet Frau Barbara Albat und Frau Katharina Reiff als sachkundige Einwohnerinnen und Herrn Dr. Volker Ermert als sachkundigen Einwohner für den Ausschuss Umwelt und Grün / Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Ablauf der Nutzungsrechte von Grabkammern Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.07.2014 AN/0943/2014

1.1.1 Beantwortung der Anfrage 2482/2014

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Umweltzone Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.10.2014 AN/1338/2014

Eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

keine.

3 Kommunalen Klimaschutz

3.1 Umsetzung Integriertes Klimaschutzkonzept

3.1.1 European Energy Award - der Klimaschutz-Check wurde gestartet. 2523/2014

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Smart City Cologne

3.2.1 EU-Projektantrag Horizon 2020 3115/2014

Frau Dr. Möhlendick berichtet, dass die Stadt Köln unter den 30 eingereichten Anträgen, zusammen mit Barcelona und Stockholm, den besten Antrag eingereicht und den Zuschlag über 25 Mio. Euro von der Europäischen Kommission erhalten habe.

Man werde in der Stegerwaldsiedlung ein Projekt durchführen, das energetische Sanierung, regenerative Energieanwendung und Mobilität (z. B. neue Konzepte mit E-Bikes, E-Mobilität und Carsharing von Cambio) beinhalte. Schließlich werde man die Daten in einer Open Data-Plattform zur Verfügung stellen. In Köln würden 7,3 Mio. Euro für Investitionen eingesetzt.

Vorsitzender Herr Ott spricht eine Vorlage aus dem Verkehrsausschuss an, die ein Konzept der KVB für ein Fahrradverleihsystem betreffe. Er fragt, ob und wie das Projekt in Mülheim mit dem KVB-Konzept verzahnt sei bzw. ob der Mülheimer Teil über dieses Projekt finanziert werde. Hinsichtlich der energetischen Sanierung der Siedlung fragt er, was genau geplant sei.

Frau Möhlendick informiert, die Konzepte zu Smart City Cologne und Köln Mobil 2025 würden miteinander und auch mit den Planungen der KVB verzahnt. Smart City sehe vor, die Akteure der Stadtgesellschaft in den verschiedenen Unternehmen stärker zu verzahnen. Ein Teil des KVB-Konzeptes werde über das EU-Projekt finanziert.

Zur Stegerwaldsiedlung erläutert sie, dass bereits 50 % der Siedlung saniert worden seien und ein KfW-Effizienzhaus-Standard von ca. 76 bis 80 kWh (m²·a)¹ vorliege, der mit 435 Euro pro m²-auskomme. Man könne diesen Energieeffizienzstandard noch verbessern, da man jetzt noch 100 Euro pro m²-dazu erhalte.

Zusätzlich werde die RheinEnergie dort Photovoltaik und Wärmepumpen einbauen und ein virtuelles Kraftwerk einrichten, so dass man die geforderten 50 kWh (m²·a) erreiche. Wichtig sei, dass diese Kosten nicht auf die Einwohner umgelegt werden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Frau Möhlendick zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Fortschreibung des Konzepts zur medienübergreifenden Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben 2680/2013

4.1.1 Fortschreibung des Konzepts zur medienübergreifenden Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 21.10.2014 AN/1391/2014

Herr Kiefer informiert die Ausschussmitglieder zur Vorlage.

¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Energiestandard>

Er geht kurz auf die Vergangenheit ein, in der bis 2011 eine anlassunabhängige Kontrolle nicht vorgesehen war. Durch Vorfälle in Dortmund im Oktober 2010 (Stichwort: Envio AG)² habe sich das Land veranlasst gesehen, einen Paradigmenwechsel vorzunehmen.

Herr Kiefer beschreibt die Kriterien, z. B. Umweltrelevanz und Risiko der Betriebe, von denen Kontrollintervall und Kontrollqualität abhängen und aufgrund derer jetzt eine anlassunabhängige Kontrolle durch die Oberen und Unteren Umweltbehörden vorgeschrieben sei.

Er ruft den Ratsbeschluss vom Dezember 2013 in Erinnerung, in dem in einem ersten Schritt entschieden wurde, die 144 relevantesten Anlagen einer sog. Regelüberprüfung zu unterziehen und verdeutlicht, dass jetzt mit der aktuellen Beschlussvorlage die Ausdehnung auf weitere umweltrelevante Betriebe, das seien 5,2 % des gesamten Anlagenbestandes in Köln, vorgesehen sei.

SB Herr Dr. Albach begründet den Änderungsantrag der FDP-Fraktion.

Er stellt infrage, ob man mit diesem Überwachungskonzept die Kompetenz besitze, mehr Sicherheit zu erreichen. Zudem seien sowohl Shell als auch Envio hinsichtlich ihrer Größe und ihres Potentials Betriebe, für die die Bezirksregierung zuständig sei, so dass dieses Konzept eher für kleine und mittlere Unternehmen gelte.

Seine persönliche Erfahrung mit Audits sei, dass man die meiste Sicherheit erhalte, wenn man den Menschen helfe, besser zu werden. Dazu sei eine gewisse Kompetenz notwendig.

Herr Dr. Albach ist nicht davon überzeugt, dass ein Betrag von jährlich 60.000 Euro pro Person, der im Übrigen nicht der tatsächlichen Vergütung entspreche, dazu geeignet sei, Menschen einzustellen, die diese Kompetenz besitzen. Er erläutert den Ansatz der FDP-Fraktion, der eine bessere Bezahlung, etwa den 2-fachen Faktor des genannten Betrags, vorsehe. Sei dies nicht möglich, sollte geprüft werden, ob öffentlich anerkannte Prüfinstitutionen in das Überwachungskonzept eingebunden werden können, indem diese die Betriebe überprüfen und beraten.

SB Herr Boyens erklärt, für die AfD sei die Stellenzusetzung nicht nachvollziehbar und man könne die Vorlage nicht mittragen. Außerdem sei die Bezirksregierung für die Überwachung derartiger Anlagen zuständig. Herr Boyens stellt eine Rechnung auf, wonach mit einem vorhandenen Personal von 10 bis 15 Beschäftigten eine Überwachung von 362 verbleibenden umweltrelevanten Betrieben, die der Inspektionspflicht des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes unterliegen, in einem dreijährlichen Abstand leistbar sein könne. Er bittet die Verwaltung hierzu um Stellungnahme.

RM Frau Akbayir möchte wissen, ob die Kontrollen von Envio in Dortmund abgeschlossen seien und wie der dortige Sachstand sei. Sie weist auf den Landeserlass hin, aufgrund dessen mehr Stellen für die Überwachung von Betrieben eingerichtet werden sollten und fragt, ob dies auch in Köln geschehen sei.

RM Herr Welpmann verweist auf die 3 Prinzipien des deutschen Umweltrechts, das Verursacher-, Kooperations- und das Informationsprinzip. Er stimme insoweit Herrn Dr. Albach zu, als dass eine Überwachung nicht mehr im obrigkeitstaatlichen Sinn des 19. Jahrhunderts zu verstehen sei.

Vielmehr müsse eine Beratung dazu führen, dass die Betriebe sich so verhalten, dass Umweltmedien gar nicht erst betroffen seien. Dies heiße jedoch nicht, dass man kleine bis mittlere Unternehmen, die nicht der Aufsichtspflicht der Bezirksregierung unter-

² http://de.wikipedia.org/wiki/Envio_AG

liegen, allein lassen könne. Tatsächlich bedeute es einen gewissen systematischen und auch vertretbaren Aufwand, sowohl zu überwachen, als auch unterstützende Hilfestellung zu geben.

RM Frau Welcker schließt sich den Aussagen von Herrn Dr. Welpmann und Herrn Dr. Albach an. Für die CDU-Fraktion stelle sich zudem die Frage, ob es realistisch sei, mit dem beabsichtigten Personal die rund 1.000 Betriebe nicht nur zu überprüfen, sondern effizient und unterstützend zu begleiten. Da man hieran zweifle, wäre die CDU-Fraktion dankbar, wenn die Vorlage zunächst in die HPL-Beratungen verwiesen und die personelle Anzahl aufgestockt werde.

SB Herr Becker erkundigt sich nach den Ergebnissen des 1. Schritts und nach der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in absoluten Zahlen, die mit der Umsetzung des 1. Schritts beschäftigt waren.

Außerdem möchte er wissen, inwieweit sich das Land an dieser Aktion finanziell beteilige. Er ist der Meinung, dass das Land, wenn es die Aufgabe an die Kommunen weiterreicht, diese auch bezahlen müsse.

Ausschussvorsitzender Herr Ott bekräftigt die Frage von Herrn Becker nach der finanziellen Beteiligung des Landes.

Die objektive Notwendigkeit der Maßnahme sei aus seiner Sicht aus der Vorlage ersichtlich. Er vermisse jedoch die Beachtung des Grundsatzes der Konnexität, der gelte, wenn Verordnungen auf Landes- oder Bundesebene erlassen werden und Kommunen mit deren Umsetzung betraut seien.

Außerdem bittet Herr Ott die Verwaltung, die tarifliche Eingruppierung des Personals zu erläutern, damit auch diese nachvollziehbar sei.

Beigeordnete Frau Reker geht zunächst auf die grundsätzlichen Anliegen der Ausschussmitglieder ein.

Sie entgegnet Herrn Dr. Albach, dass die Verwaltung eine vollständige Sicherheit auch durch diese Überprüfungen nicht herstellen könne. Vielmehr solle eine Beratung stattfinden, die dazu führe, dass Betriebsabläufe so verändert werden, dass es gar nicht zu Störfällen komme.

Zum Konnexitätsprinzip schildert sie, dass, als die Vorlage im Stadtvorstand behandelt wurde, dieses auch dort bewertet worden sei. Frau Reker verdeutlicht, dass dieses Prinzip hier greife. Nach Meinung des Landes sei es seiner Pflicht durch die Überlassung von Personal und die Zahlung eines sog. Belastungsausgleichs nachgekommen, nach Meinung der Stadt Köln jedoch nicht vollständig. Der Städtetag streite - auch für andere Kommunen - darum, dass in Zukunft ein höherer Ausgleich erfolgen müsse.

Frau Reker betont, dass mit der Fortschreibung des Überwachungskonzepts lediglich der absolute Mindeststandard realisiert werden soll. Sie macht klar, dass bei einem noch geringeren Standard im Schadensfall zivilrechtliche (Amts-) Haftungsansprüche bzw. strafrechtliche Konsequenzen für Verwaltungsmitarbeiter drohten. Auch wolle man, sollte die Fortschreibung des Konzeptes beschlossen werden, nicht den Anspruch auf Konnexitätsausgleich aufgeben.

Herr Liebmann informiert zur Eingruppierung und Bemessung des Personals.

Er schildert, dass zunächst - u. a. anhand einer im technischen Umweltschutz vorhandenen Bewertungsstruktur, woran sich auch die neuen Stellen orientierten - ein längerer Abstimmungsprozess mit Dezernat I stattgefunden habe.

Herr Liebmann bittet zu beachten, dass ein abgestuftes System von Überwachungsintervallen von 3 bis 8 Jahren angewandt werde. Die Überwachung beinhalte Vor- und Nachsorge, Begehung und den entsprechenden Schriftverkehr. Hiernach errechnen sich mittlere Bearbeitungszeiten, einzelne Gefährdungsgesichtspunkte würden berücksichtigt und daraus ergebe sich eine bestimmte Sollzahl.

Selbstverständlich seien im Diskussionsprozess mit Dez. I auch die nutzbaren Synergien z. B. das „know how“ erfahrener Betriebe und bereits vorhandene Kolleginnen und Kollegen, angesprochen und mit eingerechnet worden. Dies alles habe zu der Bemessung von 2,5 Stellen geführt.

An Herrn Dr. Albach gewandt erläutert Herr Liebmann, dass sich die tarifliche Ein-
gruppierung an der Bewertungsstruktur im öffentlichen Dienst orientiere, die sich oft von der in der freien Wirtschaft unterscheide.

Herr Kiefer ergänzt, dass es sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um Ingenieurinnen und Ingenieure handle, die die gleiche Qualifikation besäßen, wie die bei DEKRA und TÜV.

Er geht auf die Anzahl der Industrie- und Gewerbebetriebe in Köln ein, für deren Genehmigung und Überwachung die Bezirksregierung bzw. die Stadt Köln zuständig sind und schildert eingehend das bisherige Verfahren, nach dem die Kontrollen abgelaufen seien. Man habe noch nicht alle 144 Betriebe überprüfen können, habe aber, was die aufgedeckten Mängel und die Akzeptanz in den Betrieben angehe, gute Erfahrungen gemacht. Eine anlassunabhängige Überprüfung werde, im Gegensatz zur anlassbezogenen, vorher offen mit dem entsprechenden Betrieb kommuniziert.

Hinsichtlich der terminlichen Abarbeitung der festgestellten Mängel sei man durchaus tolerant, insbesondere dann, wenn der Betrieb beabsichtigt, eine Anlage zu erneuern.

Herr Kiefer erklärt, dass es nicht darum gehe, Angst bei den Betrieben zu schüren, sondern eine gute Beratung und Hilfestellung zu geben und macht dies an Beispielen deutlich.

Die Konzeptfortschreibung betreffe aktuell 1.569 Betriebe, davon erfüllten etwa 50 % eine Durchführungsverordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz. Diese Betriebe würden zwar nach Baurecht genehmigt, für sie gelten jedoch spezielle Anforderungen aus dem Immissionsschutzrecht. Die genannten 600 Betriebe, die mit elektromagnetischer Strahlung zu tun haben, fielen nicht darunter, da man hierfür keine Regelüberwachung benötige.

Herr Kiefer informiert darüber, dass das Land landesweit 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt habe, davon etliche bei der Bezirksregierung in Köln.

Die Stadt Köln habe für die 144 Betriebe aus der Einführung medienübergreifender Umweltinspektion (Stufe 1) 1,5 zusätzliche Stellen eingerichtet, die auf die Mitarbeiter der Abteilung „verteilt“ worden seien. Man habe das Prinzip des einen Ansprechpartners für alle Belange, wie Genehmigung und Überprüfung, des jeweiligen Betriebes angewandt.

Hinsichtlich des Sachstandes zur Firma Envio berichtet Herr Kiefer, dass Teile des Konzerns im Oktober 2010 Insolvenz anmeldeten. Die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Überwachungsbehörde habe die Dekontamination des Betriebsgeländes in Dortmund angeordnet. Das strafrechtliche Verfahren gegen die Firmeninhaber sei seines Wissens nach mit einem Freispruch geendet, da es nicht möglich sei, die festgestellten Krankheitssymptome zweifelsfrei auf die erhöhten PCB-Werte im Blut der Betroffenen zurückzuführen.

Ausschussvorsitzender Herr Ott dankt der Verwaltung für die umfassende Beantwortung der Fragen und schlägt vor, die Vorlage nebst dem Änderungsantrag ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage und den Änderungsantrag der FDP ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**4.2 Schutz- und Bewirtschaftungskonzept für das Naturschutzgebiet Grüner Kuhweg
2212/2014**

SB Herr Dr. Albach fragt, ob es für dieses Gebiet eine Landschaftswacht gebe. Er kündigt an, die Vorlage abzulehnen, weil er die Maßnahme nicht für sinnvoll halte, da es dort keine soziale oder anderweitige Kontrolle gebe. Die finanziellen Mittel sehe er besser in die Projekte investiert, die der Ausschuss gemeinsam beschlossen habe, z. B. die Realisierung des Äußeren – bevorzugt rechtsrheinischen – Grüngürtels.

SE Herrn Schallehn möchte wissen, ob der Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde beteiligt wurde, wie sein Beschluss lautet und welche Stellungnahmen die Landschaftsschutzverbände abgegeben haben.

Ausschussvorsitzender Herr Ott bittet die Verwaltung um Information zum Kostenrahmen.

Herr Kaune antwortet, dass der Beirat der Vorlage einstimmig zugestimmt habe.

Hinsichtlich der Finanzierung gebe es verschiedene Möglichkeiten und man könne z. B. die Chance wahrnehmen, Förderanträge zu stellen und darüber einen Großteil der Finanzierung darstellen. Die meisten Maßnahmen sollen in den Jahren 2016 bis 2020 durchgeführt werden.

Herr Bracke antwortet auf die Frage von Herrn Dr. Albach nach der Landschaftswacht, dass in dem Bezirk zwei Damen eingesetzt seien. Zur Thematik „freilaufende Hunde“ bzw. immer wieder aufkeimender Missstände räumt Herr Bracke ein, dass diese Probleme eine ehrenamtlich arbeitende Landschaftswacht alleine nicht lösen könne und daher in den letzten Jahren auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt Wert gelegt werde. Mittlerweile gebe es eine bessere Präsenz der Landschaftswacht, die zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen vom Ordnungsamt in den entsprechenden Gebieten vor Ort seien.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die in der Begründung aufgeführten Inhalte des Schutz- und Bewirtschaftungskonzeptes für das Naturschutzgebiet N 11 „Grüner Kuhweg“ zur Kenntnis und stimmt den angestrebten Schutz- und Bewirtschaftungsmaßnahmen zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Maßnahmen nach gesicherter Finanzierung einzuleiten sowie die Ergebnisse des Schutz- und Bewirtschaftungskonzeptes bei der Fortschreibung des Landschaftsplanes zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion **zugestimmt.**

**4.3 Lieferung von Spielsand und Perlkies
Bedarfsfeststellung für die Durchführung eines Vergabeverfahrens über
die Lieferung von Spielsand und Perlkies für 36 Monate
2409/2014**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün erkennt den Bedarf für die Durchführung eines Vergabeverfahrens über die Lieferung von Spielsand und Perlkies für die öffentlichen Kinderspielplätze an und beauftragt die Verwaltung ein Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2014 - Bäume, Brunnen,
Blumen und Gewässer
hier: Stadtbezirk Ehrenfeld
2787/2014**

RM Frau Akbayir fragt, wie die Finanzierung dieser Maßnahmen in Zukunft sichergestellt werde, wenn die sog. „Bettensteuer“ (auch Kulturförderabgabe) wegfallt.

RM Frau Welcker merkt an, die CDU-Fraktion lege Wert darauf, dass der Fachausschuss Umwelt und Grün in der Beratungsfolge vor dem Finanzausschuss sein Votum abgeben sollte.

Beigeordnete Frau Reker sagt eine Weiterleitung sowohl der Frage, als auch der Anmerkung zu.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

1. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 7.400 EUR für die von der Bezirksvertretung Ehrenfeld in ihrer Sitzung vom 15.09.2014 beschlossenen Maßnahmen für Stadtverschönerung wie in folgender Liste aufgeführt.

Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Maßnahme	Betrag in EURO
1. zur Verlegung von „Die Spur 1000 Sinti und Roma“ zum Gedenken an auf der Venloer Str. in Höhe des Bezirksrathauses und St. Joseph.	3400,00
2. Blumenwiesen entlang der Äußeren Kanalstraße (zwischen Venloer Str. und Iltistraße): ca. 8€/qm Einzelflächen: 100 qm	1000,00
3. Blumenwiesen entlang Einkaufszentrum Vogelsang: ca. 8€/qm mindestens :200 qm	2000,00
4. Fortführung der Bepflanzung der Baumscheiben auf dem Spielplatz Görlinger Zentrum durch die Spielplatzpaten.	1000,00

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2014 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer
hier: Stadtbezirk Ehrenfeld
1786/2014**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt- und Grün nimmt die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.6 Wahl des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln
1145/2014**

SB Herr Dr. Albach weist darauf hin, dass er sich enthalten werde, da er wieder einmal Hinweise zu den Personen, die er wählen solle, vermisse. Es sei durchaus wünschenswert, wenn die vorschlagenden Verbände etwas zur Qualifikation und zum Hintergrund der zu wählenden Personen angeben könnten.

RM Frau Akbayir bekräftigt diesen Wunsch ihres Vorredners.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat wählt als Vertreter im Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln auf Vorschlag der im § 11 Abs. 4 LG NW genannten Verbände:

2 Vertreter/innen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Herr Jochen Woite	Frau Claudia Müller
Herr Ralf Gütz	Herr Janos Wieland

2 Vertreter/innen des Naturschutzbundes Deutschland (NABU)

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Herr Bodo Tschirner	Herr Dr. Albrecht Priebe
Frau Dr. Susanne Euler-Bertram	Herr Klaus Simon

3 Vertreter/innen der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen (LNU)

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Herr Harald von der Stein	Frau Dorothea Schwab
Frau Angelika Burauen	Herr Christof Behr-Heyder
Herr Alexander Merx	Herr Horst Groß

1 Vertreter/in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Nordrhein-Westfalen e.V. (SDW)

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Herr Hans-Jürgen Brockmeier	Herr Frank Küchenhoff

2 Vertreter/innen des regional zuständigen Landwirtschaftsverbandes

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Herr Friedhelm Decker	Herr Willi Buchmüller
Herr Heinrich Meid	Herr Hans-Georg Hermes

1 Vertreter/in des Waldbauernverbandes

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Herr Robert Niederprüm	Herr Arnold Nessler-Zillikens

1 gemeinsame/r Vertreter/in des Landesverbandes Gartenbau Rheinland e.V., des Landesverbandes Gartenbau Westfalen-Lippe e.V. und des Provinzialverbandes Rheinischer Obst - und Gemüsebauer e.V.

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Herr Michael Liesenberg	Herr Heribert Demel

1 Vertreter/in des Landesjagdverbandes

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Herr Georg Kurella	Herr Heinz Esser

1 Vertreter/in des Fischereiverbandes Nordrhein- Westfalen e. V.

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Herr Jürgen Szesny	Herr Paul Hoffmann

1 Vertreter/in des LandesSportBundes Nordrhein-Westfalen e.V.

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Herr Manfred Steßgen	Herr Helmut Wefelmeier

1 gemeinsame/n Vertreter/in des Imkerverbandes Rheinland e.V. und des Landesverbandes Westfälischer und Lippischer Imker e.V.

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Herr Jürgen Meder	Frau Marion Eickler

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion.

4.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)

**Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
2881/2014**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2015 (Anlage 2) zur Kenntnis.
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben –

Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion **zugestimmt**.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

5.1 202. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1532/2014

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) in der Anlage 1 aufgeführten Teilbereich eine Planänderung gemäß § 2 Absatz 4 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten;
2. die 202. Änderung des FNP —Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal— gemäß § 3 Absatz 2 BauGB mit der gemäß § 5 Absatz 5 BauGB als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen offenzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine

7 Mitteilungen

7.1 Statusbericht Rheinboulevard

Herr Kaune kündigt für die nächste Ausschusssitzung eine Vorlage an.

7.2 Altlastensanierung des ehemaligen Schießplatzes in Köln-Ostheim
Sachstandsmitteilung
2461/2014

Auf Nachfrage von SB Herrn Dr. Albach informiert Frau Brammen-Petry darüber, dass die Verwaltung beabsichtige, die eigentliche Sanierungsfläche wieder aufzuforsten und der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Das Sicherungsbauwerk, das das belastete Material aufnimmt, soll vorläufig eine Einzäunung erhalten, weil man sicherstellen müsse, dass sich der Reku-Boden zunächst setze und sich die Begrünung ansiedle.

Oben werde es ein Gasfenster geben, um die organische Belastung dort noch weiter zu beobachten und Ausgasungen zu kontrollieren. Wenn dieser Prozess abgeschlossen sei, vorsichtig geschätzt nach wenigen Jahren, und der Bereich für jegliche Nutzung ungefährlich sei, könne man die Einzäunung auch von dem Sicherungsbauwerk wieder entfernen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Brammen-Petry und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.3 PFT im Unteren und Oberen Scheuermühlenteich sowie deren Zuflüssen 2492/2014

Auf Nachfragen von RM Frau Frebel und Ausschussvorsitzendem Herrn Ott nehmen Frau Brammen-Petry und Herr Kiefer Stellung zur PFT-Belastung und Untersuchungen im Grund- bzw. Trinkwasser und in Kläranlagen.

Frau Brammen-Petry berichtet, dass die Verwaltung seit 2010 regelmäßig das Grundwasser und somit auch die Ressource, aus der das Trinkwasser in Köln gewonnen werde, untersuche. Seit diesem Zeitpunkt sei auch der PFT-Gehalt mit untersucht worden, so dass man heute – auf 220 Messstellen verteilt – einen sehr guten Überblick über das Stadtgebiet habe.

Ausgehend von der Basell und der Shell gebe es im Kölner Süden PFT-Belastungen, in Form zweier großer Fahnen, die sich nach Norden Richtung Wasserwerk Hochkirchen erstreckten. Der Schaden, über den in der aktuellen Mitteilung berichtet worden sei, weise im Grundwasser eine Belastungsfahne von 10 km² aus. Diese ziehe sich quer durch Porz und knicke kurz vor Westhoven ab Richtung Rhein.

Weitere Belastungsschwerpunkte im Kölner Stadtgebiet gebe es aus Sicht der Verwaltung nicht. Kleinräumig könne dies nicht ausgeschlossen werden.

Herr Kiefer erläutert, dass eine abschließende Bewertung durch das Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz (LANUV) aufgrund der Erkrankung der zuständigen Mitarbeiterin des LANUV noch nicht vorliege. Eine vorläufige humantoxikologische Bewertung komme zusammenfassend zum Ergebnis, dass bis zum Vorliegen aussagekräftiger Daten vorsorglich auf den Verzehr der Fische aus den beiden Teichen verzichtet werden sollte. Es deute alles darauf hin, dass, wenn die abschließende Bewertung der Messergebnisse vorliege, ein Angelverbot ausgesprochen und die gefangenen und eingelagerten Fische vernichtet werden müssen.

Ausschussvorsitzender Herr Ott weist auf eine Mitteilung zum gleichen Thema in den Gremien des Flughafens Köln-Bonn hin und hebt positiv hervor, dass man sich mit dem Flughafen in enger Abstimmung befinde. Einzig der militärische Teil des Flughafens sei der Bereich, über den keine Informationen vorlägen. Herr Ott äußert im Zusammenhang mit der Herkunft der PCB-Belastung die Bitte, dass die Stadt Köln gegenüber der Bundesrepublik Deutschland deutlich machen sollte, dass sie hier ein Interesse habe, informiert zu werden.

Er finde es unter dem Transparenzgebot wichtig, dass, wenn sich der Flughafen vorbildlich beteilige, dies auch die Bundesrepublik Deutschland tun sollte.

Frau Brammen-Petry nimmt dazu Stellung und erläutert, dass die Grundwasseruntersuchungen der Fahne aus diesem Feuerlöschübungsbecken seit Jahren stattfinden. Mittlerweile sei man auch mit der Kaserne im Gespräch und habe den Boden auf dem Kasernengelände untersucht. 2 Quellen seien bereits identifiziert. Man vermute, dass diese Quellen noch einen Schadstoffbeitrag zu den Grundwasserbelastungen liefern. Genauere Untersuchungen erfolgten in den nächsten Monaten.

Ausschussvorsitzender Herr Ott dankt für diese Information und bittet, den Ausschuss auf dem Laufenden zu halten.

Herr Liebmann kommt noch mal auf die Fahne zu sprechen, die auf das Wasserwerk Hochkirchen im linksrheinischen Kölner Süden zulaufe und ergänzt, dass die Rhein-Energie als Wasserwerksbetreiberin bei all diesen Prozessen und Untersuchungen eingebunden sei und bei PFT-Belastungen an der Wassergewinnungsanlage entsprechende Vorsorgemaßnahmen einleiten werde. Insofern sei durch die lückenlose Beteiligung sichergestellt, dass eine Übertragung von Grund- auf Trinkwasser nicht erfolgen könne.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Frau Brammen-Petry, Herrn Kiefer und Herrn Liebmann zur Kenntnis.

7.4 Auswirkungen der Starkregenereignisse auf die "Kalkberge" in Köln-Kalk/Buchforst 2506/2014

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.5 ohne Vorlage

7.6 Gewässerunterhaltungsplan 2014/2015 für die Kölner Bäche 2075/2014

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.7 Stilllegung der Altdeponie "Linder Mauspfad" in Köln Porz-Lind 2656/2014

Auf die Nachfrage von RM Frau Welcker, welche weiteren Kosten noch auf die Stadt zukommen könnten, erläutert Frau Brammen-Petry, dass die Planung der Oberflächenabdichtung auf Vorgaben aus dem gesetzlichen Abfallrecht beruhe, die aber nicht starr seien, sondern Spielräume zuließen. Die Gesamtplanungen seien mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt worden. Es gebe aber dort Tendenzen, die Anforderungen zu steigern, z. B. eine zweite Abdichtungskomponente in das Dichtungssystem mit einzubauen. Dies könne zu Kostensteigerungen von bis zu 10 Euro pro m² führen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Frau Brammen-Petry zur Kenntnis.

7.8 Zwischenbericht über die Überprüfung des Sicherheitsmanagements der Fa. Shell 2773/2014

RM Frau Welcker bedankt sich bei der Verwaltung für die Mitteilung und bittet um Beantwortung der Frage 2, sobald diese vorliegt.

SE Herr Schallehn berichtet, dass am 20.10.2014 sowie am 21.10.2014 in der Nacht besorgte Bürger in der Nähe des Shell-Geländes einen sehr intensiven beißenden Geruch bemerkten. Die Feuerwehr sei angeblich mit Messungen vor Ort, habe jedoch keine Schadstoffe messen können. Der Geruch sei auch noch heute gegen 10:00 Uhr, abgeschwächt, zu riechen gewesen.

Herr Schallehn stellt folgende Fragen:

- 1 Ist der Stadtverwaltung dieser Sachverhalt bekannt?
- 2 Konnten Geruchsbelästigungen nachgewiesen werden?
- 3 Wenn ja, sind hier Gefahren für die Bevölkerung zu befürchten?
- 4 Welche Maßnahmen ergreift die Stadtverwaltung, um weitere Zwischenfälle dieser Art zu unterbinden?

Herr Kiefer informiert darüber, dass die nächste Stufe des Gutachterprozesses angefallen sei und dass die bisher transparente Informationspolitik bisher auch weiter fortgesetzt werde. Am 30.10.2014 werde ein weiterer Zwischenbericht abgegeben, über den die Verwaltung im Ausschuss informieren werde.

Zu den von Herrn Schallehn angesprochenen Vorfällen berichtet Herr Kiefer, dass vermehrt Beschwerden über Lärmbelästigungen beim Umwelt- und Verbraucherschutzamt eingegangen seien. Daraufhin wurde mit der Bezirksregierung Kontakt aufgenommen. Dort habe man relativ kurz angebunden reagiert und erklärt, dass dort keine Informationen vorlägen. Man werde an dem Thema dranbleiben und dezidiert nachfragen, was tatsächlich vorgefallen sei und dem Ausschuss berichten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Kiefer zur Kenntnis.

7.9 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Klimakonzept Wasser 2756/2014

Ausschussvorsitzender Herr Ott merkt im Zusammenhang mit den Starkregenereignissen und Überflutungsrisiken an, die StEB habe in der Bürgerversammlung auf Verbesserungsmöglichkeiten im Kanalnetz hingewiesen, was aufgrund der Genehmigungsverfahren allerdings bis zu 3 Jahre dauern könne.

Dies führe bei betroffenen Bürgern oft zu Frustrationen. Herr Ott möchte daher wissen, welches Genehmigungsverfahren bei Starkregenereignissen angewandt werde und bittet, den Ausschuss über den aktuellen Sachstand zu informieren, um die Situation insgesamt beurteilen zu können.

RM Frau Welcker bemerkt, sie gehe davon aus, dass diese Mitteilung mit der unter Punkt 7.6, Gewässerunterhaltungsplan, abgestimmt sei. Hinsichtlich der Ausführungen zur Co-Fermentation fragt sie, ob AVG und StEB dieses Verfahren miteinander abgestimmt hätten, um eine Nichtauslastung der Anlagen zu vermeiden.

Herr Liebmann informiert den Ausschuss darüber, dass man sich innerhalb der Verwaltung darauf geeinigt habe, diese Mitteilung zusammen mit der Beschlussvorlage „Anpassung an den Klimawandel“ zu behandeln, da es sich hier um einen Teil der Gesamthematik handle. Er bittet daher um entsprechende Zurückstellung der Mitteilung.

Herr Werker erläutert, üblicherweise gebe es im Kanalnetz keine wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren und die Baumaßnahmen der StEB würden ohne ordnungsbehördliche Genehmigungsverfahren durchgeführt. Ausnahme sei, wenn, wie in Porz-Zündorf, in speziellen Wasserbehandlungsanlagen etwas umgebaut werde. Das bedeutet, hier in diesem speziellen Fall müsse ein Stauraumkanal umgebaut und die Wasserschwellen anders gesetzt und daher zusammen mit der Unteren und Oberen Wasserbehörde ein Einleitungsrechtsantragsverfahren geändert werden. Dieses dauere aufgrund der Bearbeitungszeit etwas länger und hänge nicht mit Starkregenereignissen zusammen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Liebmann und Herrn Werker zur Kenntnis und erklärt sich damit einverstanden, die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung auf die Tagesordnung der Sitzung zu setzen, in der auch die Vorlage „Anpassung an den Klimawandel“ behandelt wird.

7.10 Einrichtung einer Umweltzone in Köln-Meschenich (AN/0558/2013) 2897/2014

RM Frau Welcker gibt zu bedenken, dass die Menschen in Meschenich inzwischen bereits seit 30 Jahren oder länger auf ihre Umgehungsstraße warteten. Auch jetzt seien die Anträge wieder zurückgestellt worden, so dass der Bau einer Umgehungsstraße wieder nicht absehbar sei. Sie kritisiert scharf die Begründung in der Stellungnahme der Bezirksregierung, die argumentiere, es gebe keinen Bedarf für irgendeine Form der Entlastung.

Beigeordnete Frau Reker betont, es handle sich um eine Stellungnahme der Bezirksregierung, die keinen Handlungsbedarf sehe.

Herr Liebmann weist darauf hin, dass kurzfristige Maßnahmen, wie die Einführung einer Tempo 30 Zone auf der Brühler Hauptstraße oder das nächtliche LKW-Durchfahrtsverbot, eingerichtet worden seien.

Die Frage, inwieweit eine kleine Umweltzone in Meschenich angesichts der Tatsache, dass ohnehin in der großen Umweltzone bereits nur noch grün plakatierte Fahrzeuge fahren dürfen, eine große entlastende Wirkung hervorrufe, sei diskussionswürdig. Herr Liebmann gibt zu bedenken, dass die großen Verkehrsströme Pendlerströme seien, die durch die Umweltzone fahren, so dass sich an dem Zustand nichts ändern würde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Frau Reker und Herrn Liebmann zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 Beantwortung der Anfrage von Herrn Brust "Gülle aus Holland auf Kölner Feldern" 2931/2014

RM Herr Brust hat dazu mehrere Nachfragen.

Er weist auf Seite 2 hin, wo die Verwaltung schreibe, dass im Linksrheinischen keine Werte oberhalb des Grenzwertes festgestellt worden seien. Die Karte besage jedoch genau das Gegenteil. Hier scheinen die Werte vertauscht worden zu sein.

Dann heiÙe es, dass die Überwachung der Landwirtschaftskammer unterliege. Er möchte wissen, an wen man sich wenden bzw. wer verhindern könne, wenn in Köln im Winter verbotenerweise Gülle ausgebracht werde.

Herr Kiefer bestätigt, dass der richtige Ansprechpartner die Landwirtschaftskammer sei. Man könne sich jedoch selbstverständlich an die Stadt Köln wenden, die dies an die Landwirtschaftskammer weitergebe und auch nachfrage.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Äußerungen von Herrn Kiefer und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Eichenprozessionsspinner in Köln Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Welpmann

RM Herr Dr. Welpmann bemerkt, dass bundesweit und auch im Rheinland zunehmend der Eichenprozessionsspinner in Erscheinung trete, der erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen für Menschen und auch Tiere auslösen könne.

Er möchte wissen, wie die aktuelle Situation in Köln zu bewerten sei und welche Maßnahmen ggf. erforderlich seien.

9.2 Erinnerung an Antrag der CDU-Fraktion vom 20.03.2013 bzw. Anfrage vom 29.06.2010 betreffend Einrichtung kommunaler Ökokonten Mündliche Nachfrage von Frau Welcker

RM Frau Welcker erinnert an den Antrag der CDU-Fraktion vom 20.03.2013 zu den Ökokonten, der in der Sitzung am 18.04.2013 beschlossen worden sei. Es sei mehrmals, zuletzt am 27.03.2014, nachgefragt worden. Sie bittet erneut um Stellungnahme.

9.3 Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz 2015 Mündliche Anfrage von Frau Welcker

RM Frau Welcker ruft den Beschluss zum Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz 2014 in Erinnerung, der nicht umgesetzt worden sei, da lt. Verwaltung angesichts der kurzen Frist davon Abstand genommen worden sei.

Sie möchte wissen, ob sich die Stadt Köln 2015 am Wettbewerb zum Kommunalen Klimaschutz beteiligen werde.

gez. Jochen Ott
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)